



**Rosenstadt** | ZWEIBRÜCKEN

04.05.2012

## **Niederschrift**

über die 31. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 02.05.2012, 17:00 Uhr, im Ratssaal,  
Eingang Schillerstraße

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Bürgermeister Rolf Franzen

#### Stadtvorstand

Beigeordneter Henno Pirmann

#### Ratsmitglieder

Dr. Reinhard Bock  
Evelyne Cleemann  
Hedi Danner  
Kurt Dettweiler  
Bernhard Düker  
Thomas Eckerlein  
Christian Gauf  
Martin Graßhoff  
Thorsten Gries  
Dr. Walter Hitschler  
Ingrid Kaiser  
Annegret Kirchner  
Hannelore Krauskopf  
Uwe Kretzschmar  
Jürgen Kroh  
Elisabeth Metzger  
Stephane Moulin  
Volker Neubert  
Matthias Nunold  
Dr. Wolfgang Ohler  
Dr. Norbert Pohlmann  
Christina Rauch  
Josef Reich  
Oliver Reitnauer  
Walter Rimbrecht

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

Achim Ruf  
Dr. Dietmar Runge  
Gertrud Schanne-Raab  
Florian Scharfenberger  
Richard Scherer  
Andreas Schneider  
Dirk Schneider  
Dr. Ulrich Schüler  
Sabine Wilhelm  
Kurt Zahler

### Protokollführer

Alessa Buchmann

### von der Verwaltung

Heinz Braun	(Amt 10)
Sascha Engers	(Amt 32)
Peter Ernst	(Amt 51)
Martin Gries	(Amt 40)
Andreas Hütter	(Ortsvorsteher Oberauerbach)
Herbert Kallenbrunnen	(Personalrat)
Jörg Klein	(Amt 51)
Richard Körner	(Amt 10)
Johannes Kuhn	(Amt 11)
Monika Kuppitz	(Gleichstellungsstelle)
Gebhard Morscher	(Amt 60)
Fritz Schmidt	(Amt 30)
Isolde Seibert	(Ortsvorsteherin Rimschweiler)
Friedrich Wagner	(Amt 20)

### Gäste

Kurt Liebmann	(Beirat für Migration und Integration)
Kurt Pirmann	(Verbandsgemeindebürgermeister Zweibrücken Land)
Pervin Taze	(Beirat für Migration und Integration)

### Abwesend:

#### Vorsitzender

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling

#### Ratsmitglieder

Günter Hahn  
Fritz Presl  
Eckhart Schiller  
Peter Schönborn  
Elke Streuber

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

### Tagesordnung

#### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Resolution zu einer gesetzlichen Bleiberechtsregelung für Ausländer  
(Antrag des Beirates für Migration und Integration der Stadt Zweibrücken vom 14.12.2011 und der SPD-Fraktion vom 09.04.2012)  
Vorlage: 10/0624/2011
- 2 Unterstützung einer Resolution zum Thema "Kommunales Wahlrecht für alle"  
(Antrag der SPD-Fraktion vom 09.04.2012)  
Vorlage: 10/0653/2012
- 3 Einrichtung eines übergangsweisen Hortes für das Schuljahr 2012/2013 bei der  
Grundschule Sechsmorgen  
(Antrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2012)  
Vorlage: 10/0723/2012
- 4 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen  
Vorlage: 20/0726/2012
- 5 Bauleitplanung;  
Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes (LEP IV);  
Beteiligungs- und Anhörungsverfahren gem. § 8 Abs. 1 Landesplanungsgesetz des  
Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung  
- Stellungnahme der Gemeinde  
- Beratung über das weitere Vorgehen  
Vorlage: 60/0721/2012
- 6 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden  
Vorlage: 10/0722/2012
- 7 Anfragen von Ratsmitgliedern

#### **II. Nichtöffentlicher Teil**

### 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisiert Ratsmitglied Wilhelm, dass dem Antrag der SPD-Fraktion, den Punkt „Erstellung und Fortschreibung eines Frauenförderplanes“ auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen, nicht entsprochen worden sei. Die im Ältestenrat gelieferte Begründung hierfür sei nicht richtig. Die persönliche Erklärung von Ratsmitglied Wilhelm zu diesem Punkt ist der Sitzungsakte angehängt.

Ratsmitglied Schanne-Raab verweist auf den Antrag der Grünen Liste, den Punkt „Umstellung auf anonymes Bewerbungsverfahren als Maßnahme zur Wahrung der Chancengleichheit“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Sie erklärt, dies sei mit der Begründung abgelehnt worden, dass diese Thematik nicht Sache des Stadtrates sei. Sie entgegnet, Einstellungen ab einem bestimmten Dienstgrad seien jedoch Sache des Stadtrates.

Der Vorsitzende schlägt Ratsmitglied Schanne-Raab vor, das Thema Umstellung des Bewerbungsverfahrens im Personalausschuss zu besprechen.

Ratsmitglied Wilhelm antwortet er, ihre Ausführungen würden den zuständigen Ämtern weitergeleitet und die Fraktionsvorsitzenden könnten sich in der heutigen Sitzung jeweils ein Exemplar des Frauenförderplanes mitnehmen.

Ratsmitglied Graßhoff ist der Meinung, es müssten grundsätzlich alle Anträge auf die Tagesordnung genommen werden und die Verwaltung könne in der Sitzung ihre rechtlichen Bedenken äußern, ob der Stadtrat zuständig sei oder nicht.

Der Vorsitzende und Herr Körner (Amt 10) verneinen dies.

Ratsmitglied Dr. Hitschler gibt an, er beanstande die Einladung für die Stadtratssitzung am 5. Juni, bei der zwar die Amtseinführung, etc. des neuen Oberbürgermeisters, jedoch kein Punkt „Verabschiedung des alten Oberbürgermeisters“ vorgesehen sei. Außerdem müsse der Bürgermeister und nicht der noch amtierende Oberbürgermeister diese Einladung unterschreiben.

Der Vorsitzende erklärt, eine Prüfung, wer diese Einladung unterschreiben müsse, habe vorab stattgefunden. Des Weiteren erklärt er, die Vorgehensweise hinsichtlich „Einführung“ des künftigen und „Verabschiedung“ des noch amtierenden Oberbürgermeisters sei Wunsch des Oberbürgermeisters Prof. Dr. Reichling gewesen. Weitere Ausführungen werde er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung machen.

I. Öffentlicher Teil

Punkt 1:  
(öffentlich)

**Resolution zu einer gesetzlichen Bleiberechtsregelung für Ausländer  
(Antrag des Beirates für Migration und Integration der Stadt  
Zweibrücken  
vom 14.12.2011 und der SPD-Fraktion vom 09.04.2012)  
Vorlage: 10/0624/2011**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Wilhelm kritisiert, dass die Begründung für den Antrag der SPD-Fraktion, diesen und TOP I/2 auf die Tagesordnung zu nehmen, nicht aufgeführt sei und verliest die folgende Begründung:

„Die Resolution zum Thema „Kommunales Wahlrecht für alle“ und die Resolution zu einer gesetzlichen Bleiberechtsregelung für Ausländer waren bereits Gegenstand der Hauptausschusssitzung vom 08. Februar 2012. Beide Resolutionen sollten ursprünglich zur Stadtratssitzung am 28. Februar 2012, in der gleichzeitig der Haushalt 2012 beschlossen werden sollte, behandelt werden. Wegen der damit einhergehenden zeitlichen Enge hatte die SPD-Fraktion beantragt, beide Resolutionen auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung vom 28. März 2012 zu verlegen. Zwar wurden, diesem Antrag entsprechend, beide Resolutionen nicht in der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2012 behandelt, leider aber auch nicht in der Stadtratssitzung vom 28. März 2012.

Um mit Blick auf diese nicht nachvollziehbare zeitliche Verzögerung nicht ein missverständliches Signal an unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu setzen, bittet die SPD-Fraktion daher erneut beide Resolutionen in der Stadtratssitzung vom 02. Mai 2012 zu behandeln.“

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt sie an, man müsse den betroffenen Personen Aufenthaltsperspektiven eröffnen, die bislang nicht gegeben seien.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, die FDP-Fraktion werde sich an diesem Tagesordnungspunkt, sowie an TOP I/2, weder an der Beratung noch an der Abstimmung beteiligen. Der Stadtrat sei von diesen Angelegenheiten nicht betroffen und müsse sich deshalb auch nicht damit befassen.

Ratsmitglied Kretzschmar stimmt der FDP-Fraktion bezüglich dieses Tagesordnungspunktes im Namen der CDU-Fraktion zu. Die Regelungen zum Asyl- und Bleiberecht würden aktuell auf anderen Ebenen noch immer kontrovers diskutiert. Es handle sich hier um eine Aufgabe der gesetzgebenden Institutionen. Der Stadtrat habe weder die Kompetenz, noch sei er in der Lage zu dieser Thematik sachgerechte Aussagen zu treffen.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt hinsichtlich TOP I/1 und TOP I/2, dass der Stadtrat zwar keine abschließende Entscheidung treffen könne, sich dieses Gremium jedoch aus Vertretern betroffener Bürger und Bürgerinnen Zweibrückens zusammensetze. Die Fraktion Grüne Liste werde beide Resolutionen unterstützen.

Ratsmitglied Nunold gibt an, die Fraktion Die Linke schließe sich den Ausführungen von Ratsmitglied Schanne-Raab an.

### 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

Ratsmitglied Kaiser erklärt, sie sei persönlich der Meinung, man müsse sich um ausländische Mitbürger kümmern.

Der Vorsitzende gibt an, es sei zwischenzeitlich nur noch eine Person betroffen und nicht mehr, wie in der Vorlage angegeben, zwei Personen.

Der Stadtrat fasst folgenden

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat unterstützt die Resolution zu einer gesetzlichen Bleiberechtsregelung für Ausländer.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	20
Nein:	6
Enthaltung:	4

An der Abstimmung nahmen 30 Ratsmitglieder teil.

#### Verteiler:

Amt 10

Amt 32

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

**Punkt 2:**                    **Unterstützung einer Resolution zum Thema "Kommunales Wahlrecht für alle"**  
**(öffentlich)**                    **(Antrag der SPD-Fraktion vom 09.04.2012)**  
   **Vorlage: 10/0653/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Kretzschmar erklärt, die CDU-Fraktion sei mehrheitlich der Meinung, man solle eine solche Resolution nicht unterstützen. Die Fraktion sehr keine Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung und weist hierzu auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1990 hin. Dieses besage, dass „das Wahlrecht deutschen Staatsbürgern vorbehalten sei, denn nach Art. 20 GG gehe alle Staatsgewalt vom Volke aus“. Es gebe genug Ausländer, die die Möglichkeit hätten, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, es aber einfach nicht wollen würden. Diese sollten ihre Stimmen dann aber auch bei Kommunalwahlen nicht abgeben dürfen. Dies sei gegenüber den Ausländern, die ein Einbürgerungsverfahren durchwandert hätten, nicht fair. Auch die Überlegung das Wahlrecht an die zeitliche Dauer des Aufenthaltes oder den Grad der Integration zu binden, befände die CDU-Fraktion für inakzeptabel.

Ratsmitglied Wilhelm gibt an, sie fände keine sachlichen Argumente gegen ein kommunales Wahlrecht für alle. Wer bei uns Steuern zahle, solle auch wählen dürfen und mitentscheiden können, was mit seinem Geld geschehe. Es handle sich hierbei auch um eine Ungleichbehandlung von Nicht-EU-Ausländern und EU-Ausländern. Das Argument, man stimme dem nicht zu, weil Deutsche in anderen Ländern auch nicht wählen dürften, sei schlecht. Solche Regelungen würden unter anderem dazu führen, dass der Beirat für Migration und Integration ein Gremium ohne jeglichen Einfluss sei.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, die FWG-Fraktion werde diese Resolution nicht unterschreiben. Er verweist auf die Zuständigkeit von Bundesrat und Bundesregierung und ist der Meinung, man solle abwarten, wie diese zu diesem Thema stünden.

Ratsmitglied Dirk Schneider gibt an, Nicht-EU-Ausländer, die Anlieger einer auszubauenden Straße seien, müssten Ausbaubeiträge zahlen, dürften aber nicht wählen. Dies sei nicht korrekt.

Der Stadtrat fasst folgenden

### **Beschluss:**

Der Unterstützung der Resolution „Kommunales Wahlrecht für alle“ wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	10
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 31 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:  
Amt 10

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

**Punkt 3:**                    **Einrichtung eines übergangsweisen Hortes für das Schuljahr  
(öffentlich)**                    **2012/2013 bei der Grundschule Sechsmorgen  
(Antrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2012)  
Vorlage: 10/0723/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Krauskopf führt den Antrag der SPD-Fraktion aus. Sie verweist auf hinzugekommenen Bedarf und den damit gestellten Antrag der Fraktion auf die Einrichtung eines übergangsweisen Hortes. Derzeit seien 18 Kinder betroffen, von denen es sich bei 7 Kindern um Kinder alleinerziehender Mütter handle.

Der Vorsitzende gibt an, es handle sich in Augen der Verwaltung um eine grundsätzlich sinnvolle Maßnahme. Vor allem für alleinerziehende Mütter oder Familien, in denen beide Elternteile berufstätig seien, sei diese Maßnahme wichtig. Aufgrund laufender Umbaumaßnahmen habe man das bereits im letzten Jahr ins Auge gefasste Projekt verschoben. Anfang 2012 habe dann das Landesjugendamt angekündigt, diese Projekte nicht mehr zu unterstützen und gebeten zu Ganztageschulen überzugehen. Zwischenzeitlich habe sich das Landesjugendamt aber mit einer übergangsweisen Einrichtung einverstanden erklärt, mit der Bedingung den Weg für Ganztageschulen in Angriff zu nehmen. Stimme der Stadtrat der übergangsweisen Horteinrichtung heute zu, werde die Verwaltung auf schnellstem Weg ein unbürokratisches Betriebsverfahren, ohne bauliche Veränderungen, mit dem begrenzten Zeitrahmen und dem Vorhaben sich um die Schaffung von Ganztageschulen zu kümmern, in die Wege leiten.

Ratsmitglied Nunold gibt an, die Fraktion Die Linke stimme dem Vorhaben grundsätzlich zu. Er interessiere sich noch dafür, welche Kosten damit auf die Stadt zukämen.

Der Vorsitzende sagt, es handle sich um 1,5 Erziehungskräfte, von deren Kosten noch Zuschüsse vom Land und vom Träger und der Elternanteil abgezogen werden könnten. Die Personal- und Sachkosten lägen bei ca. 30.000-32.000,00 €.

Die FDP-Fraktion erklärt, sie werde dem Antrag zustimmen.

Die CDU-Fraktion, sowie die Fraktionen Die Linke und Grüne Liste, werden dem Antrag zustimmen und danken der SPD-Fraktion für diesen Antrag.

Der Vorsitzend bittet Ratsmitglied Krauskopf sich aufgrund von Sonderinteressen in den Zuschauerraum zu begeben und nicht an der Abstimmung teilzunehmen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

### **Beschluss:**

Der Einrichtung eines übergangsweisen Hortes für das Schuljahr 2012/2013 und einem einzuleitenden unbürokratisches Betriebsverfahren, ohne bauliche Veränderungen, mit dem begrenzten Zeitrahmen und dem Vorhaben sich um die Schaffung von Ganztageschulen zu kümmern, wird zugestimmt.

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:  
Amt 51

### 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

**Punkt 4:**                    **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen /**  
**(öffentlich)**                **Auszahlungen**  
                                     **Vorlage: 20/0726/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und ergänzt, es handle sich bei dieser Maßnahme um den kostengünstigeren Bau der Mannlich-Realschule. Die Zuschüsse hätten sich jedoch auf der vorhergehenden Summe errechnet. Nun müsse eine Rückzahlung erfolgen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

**Beschluss:**

Dem Antrag des Stadtbauamtes gemäß Anlage wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:  
Amt 20

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

### **Punkt 5:** **(öffentlich)**

**Bauleitplanung;  
Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes (LEP IV);  
Beteiligungs- und Anhörungsverfahren gem. § 8 Abs. 1 Landesplanungs-  
gesetz des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung  
- Stellungnahme der Gemeinde  
- Beratung über das weitere Vorgehen  
Vorlage: 60/0721/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, die FDP-Fraktion werde dieser Fortschreibung nicht zustimmen, da der Standort bei der bisherigen Raumstandortbehörde bleiben solle und die Kommunalisierung der Zuständigkeit Folgen für die Netzkosten haben werde. Je dezentraler die Stromquellen verteilt seien, desto höher würden die Kosten. Ein weiterer Grund für die Ablehnung sei, dass die Zielsetzung, in Rheinland-Pfalz künftig die fünffache Menge an Strom aus Windenergie zu gewinnen, nicht sachlich belegt sei. Gegenwärtig könne Windenergie noch nicht für die Auslastung der Grundkapazität genutzt werden.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann ist der Ansicht, diese Teilfortschreibung gebe den Kommunen die Möglichkeit bei Genehmigungen eigene Akzente zu setzen. Für Zweibrücken entstehe erst durch diese Fortschreibung die Möglichkeit Windräder zu errichten. Die Fraktion Grüne Liste werde dem Entwurf der Stellungnahme zustimmen.

Ratsmitglied Kroh gibt an, die CDU-Fraktion begrüße die Fortschreibung mehrheitlich. Hierdurch werde die Zuständigkeit von der Planungsgemeinschaft Westpfalz auf die Kommunen heruntergebrochen. Für eine kreisfreie Stadt sei es wichtig, sich über mögliche Standorte Gedanken zu machen.

Ratsmitglied Dr. Schüler verweist auf die im Bau- und Umweltausschuss vorgelegte Karte. Auf dieser sei klar geworden, dass sich Windräder in Zweibrücken nicht lohnen und ein ungesunder Wettbewerb entstünde.

Ratsmitglied Rimbrecht versteht die ablehnenden Haltungen nicht. Zweibrücken habe immer kommunale Entscheidungen gewollt und auch entsprechende Anträge gestellt. Man solle eine solche Entscheidungsgewalt begrüßen. Ein dezentrales Netz habe geringere Kosten zur Folge.

Ratsmitglied Schneider spricht sich für die Fortschreibung und ein Fortkommen von Kernkraftwerken aus.

Ratsmitglied Dettweiler stimmt dem künftigen Wegfallen von Kernkraftwerken zu und erklärt, die FWG-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Bock stellt klar, die FDP-Fraktion sei nicht gegen Windkraftnutzung. Man befürchte nur, dass somit jeder nach seinem eigenen Vorteil Land zur Verfügung stellen werde.

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

Ratsmitglied Dr. Hitschler gibt an, die Fraktion habe auch nichts dagegen, dass Unternehmer etwas verdienen. Man spreche sich aber gegen eine Monopolrente aus, die durch die Festlegung des staatlichen Preises entstehe. Für bestimmte Bereiche der Produktion fände die Fraktion Windkraft sinnvoll.

Der Stadtrat fasst folgenden

### **Beschluss:**

#### **Stellungnahme der Stadt Zweibrücken zur Teilfortschreibung des LEP IV**

Die Änderungen zu G 162 a und G 166 werden zur Kenntnis genommen.

Die Stadt Zweibrücken begrüßt vom Grundsatz her eine Stärkung der Nutzung regenerativer Energien.

Die Aufnahme der Ziele Z 163 und Z 163 a-d hat zur Folge, dass die Möglichkeit einer räumlichen Steuerung auf überörtlicher Ebene reduziert und auf die Kommunen verlagert wird.

Aus der Verlagerung auf die kommunale Ebene ergibt sich einerseits eine Vereinfachung der Umsetzung „gewünschter“ Vorhaben in Gemeinden, in denen bisher keine Windkraftanlagen möglich waren. Andererseits bedingt diese auch die Notwendigkeit einer räumlichen Steuerung der Windkraftnutzung für das Gemeindegebiet, die mit erheblichem Kosten- und Personalaufwand verbunden ist. Auf Grund der schwierigen Haushaltssituation bedarf es deshalb hier der Unterstützung durch das Land.

In der Teilfortschreibung sind keine Vorgaben hinsichtlich einer interkommunalen Abstimmung, insbesondere im Grenzbereich, wo abweichende Regelungen zum Tragen kommen, enthalten. Die Aufnahme entsprechender Regelungen wird unsererseits als sinnvoll erachtet, um Konflikten zwischen Kommunen vorzubeugen und gebietsübergreifende Projekte zu fördern.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	27
Nein:	6
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:  
Amt 60

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

**Punkt 6:**                    **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden**  
**(öffentlich)**                **Vorlage: 10/0722/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

### **Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Spende zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Sitzung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

### Verteiler:

Amt 51

Amt 20

Amt 10

**Punkt 7:**                    **Anfragen von Ratsmitgliedern**  
**(öffentlich)**

**1**        **Anfrage von Ratsmitglied Kaiser**

Yorktown-Austausch

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, wie der Sachstand für die Yorktown-Austausch sei und ob es Änderungen gebe. Das Helmholtz-Gymnasium sei personell in der Lage Lehrer mit zum Austausch zu schicken und würde den Austausch weiterhin gerne unterstützen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, die Verwaltung stehe nach wie vor hinter dem Austauschprogramm und würde dies auch gerne weiterbestehen lassen. In Yorktown sollen Gespräche mit den Verantwortlichen über gewisse Änderungen, wie z.B. die Verkürzung der jeweiligen Aufenthaltsdauer von vier auf drei Wochen, geführt werden.

**2**        **Anfrage von Ratsmitglied Schneider**

Spielhallen

Ratsmitglied Schneider gibt an, der Glücksspielstaatsvertrag werde derzeit besprochen und das neue Gesetz hierzu werde zum 1. Juli 2012 erlassen. Zweibrücken bzw. Rheinland-Pfalz sei an der Spitze der Spielhallenanzahl.

Er möchte wissen, ob die Verwaltungsspitze bereit sei, die Gremien Haushaltskommission, Hauptausschuss und Bau- und Umweltausschuss umgehend mit den folgenden Anregungen zu befassen, damit im Nachtragshaushalt eine entsprechende Änderung der Besteuerung erfaßt werden könnte:

1. Ist die Kämmerei bzw. die Haushaltskommission bereit, eine Erhöhung der Besteuerung des Einspielergebnisses bei Automaten zu prüfen?
2. Könnte man sich vorstellen, bei der Genehmigung von Werbeanlagen (äußere Gestaltung, etc.), z.B. Leuchtreklamen und Werbepylonen nicht zuzulassen? Dies könne man im Bau- und Umweltausschuss beraten.
3. Könnte man die Öffnungszeiten stadteinheitlich auf 24:00 Uhr zurückfahren? Bitte um Beratung im Hauptausschuss.

Zudem fragt er, ob die Verwaltung bereit sei zu diesem Thema eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile und damit eine Darstellung von Mehr- und Mindereinnahmen für den Stadtrat vorzulegen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, im Rahmen des kommunalen Entschuldungsfonds würden naturgemäß alle Möglichkeiten geprüft werden, Einnahmen zu erhöhen oder Einsparungen zu erzielen. Vor einiger Zeit sei im Stadtrat bereits ein Spielhallenkonzept beschlossen worden, um eine Steuerung der Spielhallen vorzunehmen.

**3 Anfrage von Ratsmitglied Schanne-Raab**

Verantwortlichkeit für Auftragserteilung Baumentfernung

Ratsmitglied Schanne-Raab verweist auf einen kürzlich noch an der Ecke Von-Rosen-Straße und Ritterstraße stehenden Baum. Dieser sei zwischenzeitlich entfernt worden. Sie möchte wissen, wer den Auftrag für die Entfernung des Baumes erteilt habe und welchen Grund es gegeben habe diesen Baum zu fällen und lediglich einen Parkplatz zu gewinnen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

**4 Anfrage von Ratsmitglied Wilhelm**

a) Sperrung der Realschulstraße

Ratsmitglied Wilhelm möchte im Namen von Ratsmitglied Streuber wissen, wie lange die Sperrung der Realschulstraße noch andauern solle.

b) Veranstaltung mit Personal- und Betriebsräten 26. April 2012

Sie fragt sich zudem, warum die in der Vergangenheit immer nachmittags stattgefundenen Veranstaltungen mit den Personal- bzw. Betriebsräten in diesem Jahr am 26. April vormittags um 11:00 Uhr stattgefunden habe. Zu dieser Zeit sei es für sie arbeitsbedingt unmöglich gewesen, die Veranstaltung zu besuchen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, die Anfragen müssten schriftlich beantwortet werden.

**3 Anfrage von Ratsmitglied Düker**

Livestream – visuelle Übertragung und Einstellung von öffentlichen Stadtratssitzungen ins Internet

Ratsmitglied Düker stellt folgende Fragen:

1. Welche technische Voraussetzungen / welcher technische Aufwand wäre erforderlich, um Livestream-Übertragungen von Stadtratssitzungen durchzuführen? Die Plenarsitzungen des Landtages Rheinland-Pfalz werden bereits seit April per Livestream übertragen. Allerdings sei dort nur eine fest installierte Kamera auf das Rednerpult gerichtet, weil alle Wortmeldungen vom Rednerpult aus stattfinden.
2. Welcher finanzielle Aufwand pro Stadtratssitzung, welche jeweils zwei bis drei Stunden dauern, wäre damit verbunden?
3. Wie lange wären bzw. sollten die visuellen Aufzeichnungen im Internet bleiben, um dort abgerufen werden zu können?
4. Kann vermieden werden, die Filmaufzeichnungen aus dem Internet herunter zu laden?
5. Wie beurteilt die Verwaltung die Angelegenheit rechtlich?

### 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

6. Bitte Erfahrungsberichte anderer Kommunen, welche Livestream bereits anwenden, beschaffen und vorlegen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Verteiler:

Amt 10

Amt 20

Amt 60

UBZ

## 31. Sitzung des Stadtrates am 02.05.2012

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:09 Uhr.

Der Vorsitzende

---

Rolf Franzen  
Bürgermeister

Die Schriftführer

---

Richard Körner  
Oberamtsrat

---

Alessa Buchmann  
Stadtinspektorin